

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

10.11.1927 (No. 262)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 5515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt besonderer Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden. In Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachlieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Hofschloßblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Dezembertagung des Völkerbundesrates

Die provisorische Tagung für die am 5. Dezember in Genf beginnende 48. Tagung des Völkerbundesrates ist zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten zugestellt worden. Diese Tagung wird der Diskussion einer gewissen Anzahl von politischen Fragen, der Vorbereitung von Maßnahmen zur Sicherstellung und Inkrassierung einiger von der Völkerbundesversammlung im September d. J. festgesetzten Resolutionen und der Prüfung der Tätigkeit mehrerer Völkerbundeskommissionen gewidmet sein.

Unter den politischen Fragen sind u. a. zu erwähnen: die von der litauischen Regierung am 15. Oktober an den Völkerbundesrat gerichtete Eingabe betr. gewisse Maßnahmen, welche die polnische Regierung in bezug auf die Schulen, Lehrer und die Geistlichen im Gebiete von Wilna und Grodno ergriffen hat, die Frage der ungarischen Opanten in Siebenbürgen. Ferner steht neuerdings auf der Tagesordnung die Eingabe der griechischen Regierung an den Völkerbundesrat, betreffend die Einholung von Interpretationen gewisser Artikel des Versailleser Vertrages. Es handelt sich hierbei um die Angelegenheit des Kreuzers „Salamis“. Weiter stehen auf der Tagesordnung zwei Fragen betr. die Freie Stadt Danzig, von denen die eine Bezug hat auf die Benutzung der Westerpforte und die andere auf die Hafenanlagen für polnische Kriegsschiffe in Danzig. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird der Völkerbundesrat zur Ernennung des vorbereitenden Komitees zu scheitern haben, welches mit der weiteren Verfolgung der Anwendung der von der Weltwirtschaftskonferenz gefassten Empfehlungen betraut ist. Endlich wird der Rat die Vorarbeiten der Untersuchungskommission für die Kontrolle der Durchführung der Entwaffnungsvorschriften in Deutschland, Ungarn und Bulgarien zu erneuern haben, deren Amtsperiode im Laufe des Jahres 1928 ablaufen wird.

Eine Rede Luthers in Danzig

W.D. Danzig, 10. Nov. (Tel.) Bei einer anlässlich der bevorstehenden Wahlen von der Nationalliberalen Bürgerpartei gestern abend in der Messehalle veranstalteten Kundgebung sprach Reichstanzler a. D. Dr. Luther über das Thema „deutsche Schicksalsgemeinschaft“. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die durch den Zusammenbruch Deutschlands geschaffene Lage, die dringend erfordere, daß Deutschland ein einheitliches Volk, eine Nation, werden müsse. Er vertrat die Auffassung, daß das Ostproblem eng mit dem des Westens verbunden sei, obwohl auch er ein Offiziaro für Deutschland als unmöglich bezeichnete. Es gibt keine deutsche Zukunft, sagte der Redner weiter, ohne den deutschen Osten, und die Erkenntnis wächst im deutschen Volk, daß zur Wacht am Rhein die Wacht an der Weichsel gehört.

Die Leiden Südtirols

W.D. Wien, 10. Nov. (Tel.) Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben zu einem Erlaß der italienischen Regierung, wonach die Grabinchriften in Südtirol nur in italienischer Sprache abgefaßt werden dürfen: „Die italienische Regierung weiß gut, warum sie dem Südtiroler Volke auch noch diese Wunde schlägt. Sie will es ins Herz treffen und nicht nur dem ganzen gottesfürchtigen deutschen Stamme die Heimat, sondern auch jedem einzelnen die Stätte der Andacht und Erinnerung an die Altvordern rauben. Aber das Maß ist voll und wird überlaufen. Italien sorgt schon dafür, daß der Kreis der Völker, welche es befeindigt in ihrem natürlichen Leben bedroht, sich rings zusammenschließt.“

Bürgermeisterwahlen in England

W.D. London, 10. Nov. (Tel.) Die gestern in über 300 Städten und Gemeinden abgehaltenen Bürgermeisterwahlen sind dadurch bemerkenswert, daß eine Anzahl von Frauen zu Majors gewählt wurden. Liverpool ist die einzige Stadt in England, die einen weiblichen Lordmajor gewählt hat. Es ist dies Miss Margaret Bevan, die den größten Teil ihres bisherigen Lebens der Fürsorge für verkrüppelte Kinder gewidmet hat.

Sieben Millionen Mark Hindenburgspende

Zu einer Mitteilung des Ruffhäuserbundes, wonach sich das Ergebnis der Hindenburgspende auf rund sieben Millionen RM beläuft, bemerkt die „Tägl. Rundschau“, daß sich zur Zeit genaue Angaben über das Ergebnis noch nicht machen lassen, da der Abschluß erst Mitte November erfolgen werde. Man könne aber annehmen, daß die Summe von sieben Millionen RM ungefähr das Richtige treffe.

Der Reichsparteiausschuß der Deutsch-demokratischen Partei

ist auf den 4. Dezember nach dem Reichstage einberufen worden, wobei Reichsminister a. D. Koch-Weser allgemeine politische Fragen und die Reichstagsabg. Frau Dr. Bäumer das Reichschulgesetz behandelt werden. Ferner wird sich der Parteiausschuß mit den Kandidatenaufstellungen zum Reichstag und preussischen Landtag beschäftigen.

Das neue Reichsehrenmal

Das zuletzt aufgetauchte Projekt zur Errichtung des Reichsehrenmals auf der ehemaligen Feste Ehrenbreitstein ist mit einem daraufzuständigen Experte der Reichsregierung vorgelegt worden. Diese hat es dem Reichsfinanzwart übermitteln, der jetzt mitteilt, daß das Projekt in die engere Wahl gestellt wurde.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

Der Reparationsauschuß

M. Berlin, 10. Nov. (Priv.-Tel.)

Der Beschluß des Reichskabinetts, der gestern noch gar nicht erwartet wurde, den Reparationsauschuß einzusetzen, darf in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden. Es handelt sich hier um kein Gremium mit fest bezeichneten Befugnissen und einem genau vorgeschriebenen Aufgabekreis sondern um eine Kommission, die im Bedarfsfall zusammengerufen wird, wenn irgendeine mit den Reparationen zusammenhängende Frage eine Beratung notwendig macht. Es ist auch nicht bestimmt worden, welcher aus den drei Reichsministerien, Wirtschafts-, Finanzministerium und Auswärtiges Amt in jedem Fall erscheint. Es können ebensogut die Minister und die Staatssekretäre oder auch die Referenten und Ministerialdirektoren sein. Es ist anzunehmen, daß erst die Ergebnisse dieser Besprechungen im Kabinett dann weiter bearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß an die Reihe des Oberregierungsrates von Krüger nach Amerika unrichtige Vermutungen geknüpft wurden. Von Krüger ist Anleihenkommissar für den Altanleihebesitz und führt in Wahrnehmung dieser Interessen nach Amerika. Mit der Reparationsfrage hat das nicht das mindeste zu tun. Auch war die Reise längst geplant, ehe der Reparationsagent seinen Posten unternahm.

Die Besoldungsfrage

wird stark erörtert, besonders im Anschluß an Vorgänge innerhalb des Zentrums, wo der linke Flügel gegen die Besoldungsreform Stellung genommen hat. Besonders auffällig war ein Artikel Stegerwalds in der „Germania“. Es handelt sich hier um die Vertreter der Gewerkschaften im Zentrum, die im Anschluß an die Besoldungsreform neue Lohnkämpfe erwarten und diese vom Standpunkt der Gewerkschaften aus nach Möglichkeit vermeiden möchten. In Zentrumskreisen wird aber angenommen, daß es in der großen Besprechung, die heute zwischen Reichs- und Landtagsfraktion stattfindet, zu einer Einigung kommt.

Die Grundlage dazu wird vermutlich schon in der Besprechung gefunden werden, die heute mittag zwischen den Regierungsparteien in Gegenwart des Kanzlers und des Reichsfinanzministers stattfindet. Wenn die Besoldungsreform in einer der bisherigen Vorlage sich annähernden Form durchkommt, so würde das bedeuten, daß den Beamten auch für Oktober/November Nachzahlungen geleistet werden müssen. Man hofft, daß man über die Höhe der Vorschläge hinaus, die 60 Proz. der im Entwurf vorgeschlagenen Erhöhung betragen, die Besoldungsreform durchführen kann.

Reichstanzler und Reichsaußenminister in Wien

Der Reichstanzler und der Reichsaußenminister werden am kommenden Sonntag abends von Berlin abfahren und am 14. November in Wien eintreffen. Beide werden mit den Herren ihrer Begleitung in einem Wiener Hotel als Gäste der österreichischen Regierung untergebracht werden. Am Vormittag des 14. November steht ein Besuch beim Bundeskanzler Dr. Seipel bevor, ferner ein Frühstück beim Bundespräsidenten Hanisch. Abends um 8 Uhr ist ein größerer Empfang der österreichischen Regierung, bei welcher Gelegenheit Anreden gehalten werden. Abends ist eine Vorstellung im Opernhaus und ein Essen bei dem österreichischen Interimsminister Schmis. Am 16. November wird der Reichstanzler Dr. Marx sich nach München begeben, wo er 24 Stunden verweilen wird. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, wird bis zum 16. November in Wien bleiben und dann nach Berlin zurückkehren.

Besoldungsreform und Parteien

Am Mittwoch fanden im Reichstag interfraktionelle Besprechungen über die Besoldungsreform statt. Zu Beschlüssen ist es noch nicht gekommen. Anscheinend will man, wie es in der „D. A. Z.“ heißt, die Sitzung des Zentrums am Donnerstag abwarten. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, an der Besoldungsreform des Reichsfinanzministers festzuhalten. Auch von der Deutschen Volkspartei wird nach dem genannten Blatt erklärt, daß Pläne, die Besoldungsreform etwa hinauszuschieben oder etappenweise vorzugehen, oder sie mit der Verwaltungsreform zu verbinden, nicht in Frage kämen. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei wird heute, Donnerstag, zur Beratung der schwebenden politischen Fragen zusammentreten.

Japanischer Besuch in Berlin

Unter Führung des japanischen Großindustriellen Kubara ist heute, Donnerstag morgen, aus Moskau die sogenannte Kubara-Mission, der Herren aus japanischen Industrie- und Handelskreisen angehören, in Berlin eingetroffen. Sie wurden von den Herren der hiesigen japanischen Botschaft begrüßt.

* Die Warnung des Reparationsagenten

Wir glauben, mit unseren beiden vorigen Artikeln an dieser Stelle den Beweis dafür erbracht zu haben, daß wir die Bedeutung des Gilbertschen Memorandums richtig einschätzen und den durch das Schriftstück geschaffenen Ernst der Lage vollauf würdigen. Zu der Frage, inwieweit die Anklagen, die der Reparationsagent erhebt, richtig sind oder nicht, haben wir uns nur mit Reserve geäußert. Dagegen haben wir mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß Deutschland nunmehr die Pflicht obliegt, diese Frage genau zu untersuchen und nützliche Anregungen und Winke gebührend zu berücksichtigen. Schon aus außenpolitischen Gründen! Denn wir würden unsere außenpolitische Situation in diplomatischer, finanzpolitischer, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht katastrophal verschlimmern, wenn wir die Einzelheiten des Memorandums ignorieren wollten. Wir haben gerade in unserem gestrigen Artikel darauf hingewiesen, wie gefährlich die Konsequenzen der Veröffentlichung für uns sind, und wie sehr es ganz bestimmter Taten auf unserer Seite bedürfen wird, um den Schaden wieder gutzumachen.

Zu einem Punkte des Memorandums müssen wir aber pflichtgemäß mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, und zwar vom Standpunkt der Interessen der Länder aus. Das ist der Teil des Memorandums, in welchem der Reparationsagent von dem finanzpolitischen Verhältnis zwischen Reich und Ländern spricht. Hier zeigt sich, daß Herr Parker Gilbert zweifellos nicht genügend unterrichtet ist, um ein begründetes Urteil fällen zu können. Er sieht hier lediglich einige nackte Zahlen. Und, da diese Zahlen sehr gut in den Rahmen seiner allgemeinen Anklagen gegen die Finanzpolitik des Reichs passen, verwendet er sie in diesem Sinn.

Trotz alledem hütet sich aber der Reparationsagent durchaus, an die Frage „Einheitsstaat oder Föderativstaat?“ heranzugehen. Und wenn eine Reihe unitarisch gefinnter Blätter in Deutschland die Worte des Memorandums für ihre Zwecke auszunutzen versucht, dann ist das nicht ganz korrekt gehandelt. Es wäre im übrigen auch außerordentlich merkwürdig, wenn gerade der Nordamerikaner Parker Gilbert gegen den Föderativstaat Sturm laufen wollte: ist doch seine eigene Heimat, die Union, das Muster eines Föderativstaates! In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die einzelnen Bundesmitglieder staatsrechtlich eine erheblich günstigere Stellung als bei uns die Länder.

Parker Gilbert sieht immer wieder nur das, was er sehen will. Er sieht eine Finanzgebarung in Deutschland, die er für kritisch und ungesund hält. Und sicherlich läßt sich unter dem Gesichtspunkt der Kritik auch das Verhältnis von Reich und Ländern betrachten. So wird es ja von den süddeutschen Ländern schon von jeher betrachtet. Aber nicht etwa mit der Schlussfolgerung, daß nun dem Reich noch mehr Kompetenzen übertragen werden müßten, sondern in finanzpolitischem Interesse des Ganzen und im Interesse unseres Wirtschaftslebens die umgekehrte Entwicklung einsehen müßte, also eine stärkere Dezentralisation. Die Auffassung des Reparationsagenten, die Leistungsfähigkeit des Reiches sei um so größer, je weniger es an die Länder abgebe, ist unrichtig. Parker Gilbert berücksichtigt nicht genügend die Tatsache, daß die Länder und Gemeinden bedeutende und unumgängliche Aufgaben für das Volk und seine Wirtschaft und für das Reich zu erfüllen haben, und daß der für die Erfüllung dieser Aufgaben notwendige Finanzaufwand unter allen Umständen gedeckt werden muß, wenn nicht die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft selbst leiden soll; er überieht, daß es für die Zahlungsfähigkeit des Reiches kaum einen Unterschied ausmacht, ob dieses die Aufgaben der Länder, wie es etwa im Einheitsstaat geschehen würde, an sich zieht und sie selber bezahlt, oder ob es diese Aufgabe den Ländern überläßt und diesen die Mittel zu ihrer Erfüllung gibt.

Wir zitieren hier die Worte, mit denen gestern der bayerische Finanzminister Dr. Schmeltze im Landtag sich zu der Angelegenheit geäußert hat. Herr Schmeltze hat dann weiter betont, es müsse „herborgehoben werden, daß Gilberts Ausführungen über die Unzumutbarkeit der Trennung von Ausgabe- und Einnahmewilligung sich in einer Richtung bewegen, in der auch die von uns oft schon erhobene Forderung nach einem Finanzausgleich auf der Basis einer reinlichen Schei-

Wang der Steuerquellen zwischen Reich und Ländern
 liegt. Daher wurde auch von unitarischer Seite als bald nach der Veröffentlichung seines Berichts an diesem beanstandet, seine Ausführungen führten in ihrer Konsequenz zu einer neuen Stärkung der Kleinstaaterei. Und wenn weiter der Reparationsagent beanstandet, daß die Zahlungen an die Länder und Gemeinden gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichs ohne Rücksicht auf finanzielle Lage und ihre Bedürfnisse geleistet werden, so berührt er sich auch mit der von uns immer wieder erhobenen Forderung nach einem individuellen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern."

Soweit der bayerische Finanzminister, dem vollkommen zuzustimmen ist. — Selbstverständlich geht es aber nicht an, die Frage des Verhältnisses von Reich und Ländern allein unter dem Gesichtswinkel des rein materiellen zu betrachten. Sier sprechen auch sehr wichtige kulturpolitische und gefühlspolitische Momente mit. Die Länder sind die Träger der Kulturaufgaben im Reiche. Und diese Aufgaben können nicht unerfüllt bleiben, ohne daß auch die Wirtschaft Deutschlands, ja die Wirtschaft der ganzen Welt, Schaden leidet. Man denke nur an unsere Universitäten und Technische Hochschulen! Man denke nur an die deutsche Qualitätsarbeit, die Voraussetzung unseres Exports ist, an unsere Fortbildungsschulen und Fachschulen! Eine deutsche Volkswirtschaft, die jährlich 2½ Milliarden zahlen soll, hat, wie der bayerische Finanzminister gestern sehr richtig erklärte, einen gewissen kulturellen Stand zur Voraussetzung. Dessen Aufrechterhaltung erfordert Kosten, und diese Kosten sind Produktionskosten der deutschen Wirtschaft, und zwar ihre wichtigsten. Leider wurde das von den Sachverständigen des Dawesabkommens ganz übersehen.

Darüber, daß im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden äußerste Sparsamkeit herrschen muß, besteht allenthalben Übereinstimmung. Und deshalb steht ja auch bereits die Frage der Verwaltungsvereinfachung auf der innerpolitischen Tagesordnung mit an erster Stelle. Aber all diese Maßnahmen können getroffen werden, ohne daß dabei die Grundlage der Weimarer Verfassung verschoben wird, ohne daß dabei die Länder der ihnen gebliebenen Reste finanzieller Selbständigkeit beraubt werden. Und dann vergesse man eines nicht: bei allen Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen kommt schon um der Rangordnung willen, dann aber auch aus rein sachlichen Zweckmäßigkeitsgründen dem Reiche das Recht des Vortritts zu.

Nun noch kurz ein Wort zur gefühlspolitischen Seite der Angelegenheit. Die überwiegende Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung ist entschieden gegen den Einheitsstaat. Und warum? Weil die Durchführung dieses Einheitsstaates für den Süden eine Verpreuung, eine Berlinisierung bedeuten würde. Schon werden in Bayern Stimmen laut, welche die Reichsregierung und die entscheidenden Stellen im Norden aufs ernfeste warnen, Stimmen, die man nicht unbeachtet lassen sollte. Nach der Auffassung dieser Stimmen könnte das staatsrechtliche Gefüge des Reiches geradezu gefährdet werden, wenn man die Süddeutschen ein Regime aufzwingt, gegen das sie sich aus gefühlspolitischen und rein sachlichen Gründen mit aller Leidenschaft auflehnen. Und wir glauben, daß auch der Reparationsagent, der ja schließlich als Vertreter der Gläubigerstaaten gewiß kein Interesse daran hat, über Deutschland eine staatsrechtliche Krisis hereinbrechen zu sehen, diese Tatsachen gebührend in Rechnung ziehen wird.

Auf Einzelheiten des Memorandums werden wir morgen noch in unserer wirtschaftlichen Umschau zu sprechen kommen.

Ein Reparationspolitischer Ausschuss

Das Reichskabinett stimmte am Mittwoch dem vom Reichsfinanzminister bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuss soll unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers entsprechend dem interministeriellen handelspolitischen Ausschuss aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

In dem Ausschuss werden das Finanzministerium, das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft vertreten sein. Diese Ämter werden ihre zuständigen Sachbearbeiter in den Ausschuss entsenden. Es ist aber anzunehmen, daß in wichtigen Fragen auch die Minister selbst oder die Staatssekretäre an den Beratungen teilnehmen. Mit der Bildung des Ausschusses ist der Plan der Berufung eines Reparationskommissars erledigt. Abriens hält man es immerhin nicht für ausgeschlossen, daß der Ausschuss einen so ausgezeichneten Sachverständigen wie Staatssekretär a. D. Bergmann, der bekanntlich für den Posten des Reparationskommissars genannt worden war, zu den Beratungen des Ausschusses hinzuzieht.

Die Tätigkeit des Sparkommissars

Dem „B. L.“ zufolge hat der Reichspartkommissar den Ministerialdirektor Schmidt berufen, um die Erfahrungen einheitlich zu bearbeiten, die bei den Prüfungen und Sparmaßnahmen in den verschiedenen Ländern gemacht wurden. Nach dem genannten Blatte ist es wahrscheinlich, daß die Sparkommission auch über die Tätigkeit der Kommunen Material sammeln wird. Die Ausübung eines unmittelbaren Kontrollrechtes steht ihr nicht zu.

Das in einigen Berliner Blättern verbreitete Gerücht, wonach ein Beamter des Reichspartkommissars delegiert werden soll, um die Gestaltung der Gemeindefinanzen und insbesondere ihre fortwährende Rationalisierung zu überwachen, entbehrt, wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, jeder Grundlage.

Der Reichspräsident empfing Mittwoch vormittag den Reichskanzler und nahm einen Vortrag des Reichsministers des Innern, von Neubell, entgegen.

Aus den Reichstagsausschüssen Das Besoldungsgesetz

Im Haushaltsausschuss des Reichstags führte am Montag bei § 6, der von der Übernahme von Personen, die zunächst außerhalb des Reichsbeamtenverhältnisses einen Lebensberuf gefunden hätten, handelt, Ministerialdirektor Lohholz aus, über die Unterbringung der Wartungsbeamten hoffe er bei der Vorlage des Personalplans für 1928 nähere Mitteilungen machen zu können. Oberregierungsrat Olfers bezeichnete es als ausgeschlossen, dem Arbeiter und Angestellten, der in den Reichsdienst trete, die Ansprüche aus der Sozialversicherung durch Anrechnung von Dienstzeit auf die Ruhegehaltsfähige Dienstzeit durch das Reich zu erhalten. Ein Antrag der Regierungsparteien (Einfügung der Offiziere und der Defoffiziere usw. in die Bestimmungen für die Reichsbeamten) wurde genehmigt. Mit diesem Zusatz wurde dem § 9 bestimmt, daß die planmäßigen Beamten einen Wohnungsgeldzuschuß erhalten.

Abg. Steintopf (Soz.) und Abg. Schulz (D.) beantragen, statt des Wohnungsgeldzuschusses einen Ortszuschlag zu gewähren. Abg. Torgler (N.) fordert Besoldung lediglich nach Leistung. Abg. Lude (W. Ver.) fordert, daß auch Inhaber von Dienstwohnungen den Wohnungsgeldzuschuß erhalten, dafür aber den ortsüblichen Mietzins entrichten. — Abg. Morath (D. Vpt.) ersucht im Namen der Regierung die Parteien um Ablehnung der Anträge, da man mit dem Ortszuschlag durchaus schlechte Erfahrungen gemacht habe. Er beantragte zugleich, die Vorschrift zu streichen, wonach Beamte und Soldaten, die eine Dienstwohnung inne haben, keinen Wohnungsgeldzuschuß erhalten.

Ministerialdirektor Dr. Lohholz hält am Wohnungsgeldzuschuß fest. Den Bedenken bezüglich des Zuschusses bei verheirateten Beamten will die Regierung Rechnung tragen, aber nicht im Geiste, sondern in den Ausführungsbestimmungen. Bezüglich der Dienstwohnungen wolle man den Wünschen der Regierungsparteien Rechnung tragen, daß die Festsetzung des Mietwertes der Wohnung unter Berücksichtigung der ortsüblichen Miete zu erfolgen hat.

Der § 9 wird unter Ablehnung aller weiteren Anträge genehmigt, die Anträge der Regierungsparteien über die Dienstwohnungen angenommen.

Bei der am heutigen Donnerstag fortgeführten Beratung kam man zu § 10, der bestimmt, daß die ledigen Beamten geringeren Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Nach dem ändernden Beschluß des Reichstages sollen die Ledigen die Hälfte des Wohnungsgeldzuschusses bekommen, was etwas über die Regierungsvorlage hinausgeht.

Der Berichterstatter Abg. Steintopf (Soz.) vermehrte eine Definition des Begriffs „ledig“ und bezeichnete es als fraglich, ob nicht überhaupt die Differenzierung verfassungsrechtlich bedenklich sei.

Nachdem der preussische Ministerialdirektor Wehse als Reichsratsberichterstatter die Reichsratsänderung vertreten hatte, verwies Ministerialdirektor Dr. Lohholz darauf, daß die preussische Vorlage den Standpunkt der Reichsregierung teile und daß zu den ledigen Beamten die verwitweten und die geschiedenen Beamten nicht zu zählen seien.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte Streichung der Differenzierung. Abg. Lude (Wirtsch. Ver.) verlangte, daß den Ledigen vom 40. Lebensjahre ab der volle Wohnungsgeldzuschuß gezahlt werde.

Auch Abg. Schulz (Dem.) bekämpfte diese Vorschriften, weil den Beamten dadurch mehr entzogen werde, als man ihnen durch den Einbau der Frauenzulage gebe.

Abg. Frau Bohm-Schuch (E.) betonte, daß der § 10 die weiblichen Beamten ungerecht treffe und verlangte Streichung des Paragraphen.

Abg. Garmann (D.) begründete den Antrag der Regierungsparteien, den ledigen Beamten vom vollendeten 45. Lebensjahre ab vollen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Nachdem Abg. Wendler (E.) gegen den § 10 gesprochen hatte, stellte Ministerialdirektor Dr. Lohholz fest, daß der Reichsfinanzminister ausdrücklich in Frageburg auf die Kürzung des Wohnungsgeldzuschusses der Ledigen hingewiesen habe. Maßgebend dafür war, daß durch Einbau der Frauenzulage die Ledigen einen Sonderertrag erhielten und daß die finanzielle Situation eine Einschränkung der Mehrbelastung, namentlich auch für die Post und die Länder erfordere. Ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Ledigen werde nicht gemacht.

Nach weiterer Debatte wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge der Antrag der Regierungsparteien angenommen und § 10 so verabschiedet.

Die §§ 11 und 12, die das Ortsklassenverzeichnis betreffen, wurden nach kurzer Aussprache unüberändert angenommen.

Ministerialdirektor Lohholz hat erklärt, daß, sobald die Besoldungsvorlage verabschiedet ist, die Vorarbeiten für das neue Ortsklassenverzeichnis weiter gefördert werden sollten.

Beim Abschnitt III, der die Kinderzuschüsse betrifft, und mit § 13 beginnt, verlangte Abg. Frau Bohm-Schuch (E.) die Erhöhung des bisher mit 20 M. zu gering festgesetzten Kindergeldes und Gewährung des Kinderzuschlages auch für uneheliche Kinder.

Das Reichsschulgesetz

DDZ, Berlin, 10. Nov. (Tel.) Der Reichstagsausschuss für das Bildungswesen setzte die Beratung des Schulgesetzes fort, wobei der Vorsitzende, Dr. Rumm (D.), mitteilte, daß Anträge auf Beschränkung der Redezeit vorliegen, über die morgen abgestimmt wird.

Auf der heutigen Tagesordnung stand die Beratung des Absatzes II und des grundlegenden § 1, der bestimmt, daß die besonderen Aufgaben der einzelnen Schulformen durch die allgemeinen Gesichtspunkte unberührt bleiben. Ein Änderungsantrag der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung will dies positiv so ausdrücken, daß neben den gemeinsamen Aufgaben die einzelnen Schulformen ihre besonderen Aufgaben nach den Bestimmungen des Schulgesetzes zu erfüllen haben.

Auf sozialdemokratischen Wunsch gibt Ministerialdirektor Vellengahr die Erklärung ab, daß der Antrag der Regierungsparteien die Abjektiv des Absatzes II zum Ausdruck bringe.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Regierungsparteien angenommen und ein Antrag der Frau Abg. Bäumer (Dem.) auf Streichung des Abs. II gegen die Antragsteller, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Abänderung des Mietrechts

Im Reichstagsausschuss für das Wohnungswesen erklärte am Mittwoch Reichsjustizminister Hert, der Zeitpunkt für die Einführung des Kündigungrechts sei gekommen. Die Regierung würde aber darauf keinen Wert mehr legen, wenn die Hausbesitzer tatsächlich die von der Regierung vorgeschlagene Regelung bekämpfen. Was im übrigen die Aufhebung der Zwangswirtschaft anlangt, so gehe die Regierung von dem in der Verfassung aufgestellten Eigentumsbegriff aus. Jede Zwangswirtschaft beeinträchtigt die Privatinitiative, rufe Unsicherheit und Verzögerung hervor und wirke nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft ein. Möglich sei ferner der mit jeder Zwangswirtschaft verbundene große Verwaltungsa-

pparat. Während man sich im übrigen überall zur freien Wirtschaft zurückgefunden habe, sei hier ein Rest der Zwangswirtschaft zurückgeblieben. Als besonders nachteilige Folgen seien zu bezeichnen: Die Unlust des Privatkapitals, Geld für Bauzwecke herzugeben. Allerdings sei die Zeit zu einer völligen Aufhebung der Wohnungswirtschaft noch nicht gekommen. Immerhin müsse dem Ziele der freien Wirtschaft schrittweise zugestrebt werden. Durch die Wiedereinführung des Kündigungsbegriffs werde der Grundfals des Privateigentums wieder stärker und in programmatischer Form betont.

Abg. Winnefeld (D. Vpt.) warf den Sozialdemokraten vor, daß sie aus Gründen des Sozialisierungsgedankens an der Zwangswirtschaft festhielten, anstatt dem Wohnungsmangel dadurch abzuhelfen, daß sie die Neubautätigkeit auf alle mögliche Weise förderten. Der Redner war der Ansicht, daß die Mieten in den Altbauern gesenkt werden müßten, in der Weise, daß die Hauszinssteuer abgebaut wird.

Politische Neuigkeiten Bayern und das Gilbert-Memorandum

Im bayerischen Landtag wurden am Mittwoch die Fragen der Reparationsleistungen und des Einheitsstaates erörtert. Die Vertreter der Nationalliberalen, des Bauernbundes und des Völkischen Blokes stimmten darin überein, daß der Einheitsstaat keine leichtere Bezahlung der Reparationen gewährleisten könne, daß er aber auch keine wesentlichen öffentlichen Einsparungen bringen werde.

Finanzminister Dr. Schmelze gab dann neuedings ein Bild der bayerischen Finanzlage, wobei er mitteilte, daß die Vorarbeiten für die Einrichtung einer eigenen Finanzverwaltung im Gange seien. An der ablehnenden Stellungnahme der bayerischen Regierung zum Steuervereinfachungsgesetz habe sich nichts geändert. Dieser Entwurf sei eine Verfassungsänderung mit dem Ziele, den letzten Rest steuerlicher Selbstständigkeit der Länder zu beseitigen und die Länder finanzpolitisch zu mediatisieren.

Das Memorandum des Reparationsagenten sei für die Länder von der allergrößten Bedeutung, weil es sich auch mit der Ordnung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und Ländern befaße. Eine Folge des Schreibens des Reparationsagenten sei bereits dadurch eingetreten, daß auf Veranlassung der Reichsregierung die Richtlinien der Verhandlungen für Auslandsanleihen eine wesentliche Verschärfung erfahren, so daß es zweifelhaft sei, ob Bayern seinen Anleihebedarf während der nächsten zwei Jahre werden decken können. Der bayerische Haushalt drohe damit in eine außerordentlich schwierige Lage zu kommen. Wenn nicht das Reich helfe sei eine Anleihe unumgänglich. Das Reich sei nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich verpflichtet, durch eine andere Verteilung des Steueraufkommens und durch sonstige Maßnahmen der Lage Rechnung zu tragen. Die Auffassung des Reparationsagenten gehe ausschließlich davon aus, wie das Reich am leistungsfähigsten für die Reparationsverpflichtungen bleibe. Er komme dabei zu der Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit des Reiches um so größer sei, je weniger es an die Länder und Gemeinden abgebe. Diese Schlussfolgerung sei aber irrtümlich, denn der Reparationsagent übersehe, daß die Länder und Gemeinden unumgängliche Ausgaben für Volk, Wirtschaft und Kreis zu erfüllen haben und daß der dafür notwendige Aufwand unter allen Umständen gedeckt werden müsse.

Er übersehe, daß die Reparationsfähigkeit des Reiches kaum einen Unterschied mache, sei es, daß es die Ausgaben der Länder, wie es im Einheitsstaat geschehen würde, auf sich nimmt und sie selbst bezahlt oder ob es die Ausgaben der Länder beläßt und ihnen die Mittel zu ihrer Erfüllung gibt. Allerdings gehe der Reparationsagent keineswegs so weit, wie es von unitarischer Seite hingestellt werde, daß er die Dertstellung des Einheitsstaates verlangen würde. Wenn der Reparationsagent beanstandet, daß die Zahlungen an die Länder und Gemeinden ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage und Bedürfnisse geleistet werden, so berühre er hier die von Bayern immer wieder erhobene Forderung nach einem individuellen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Der Reparationsagent scheine im übrigen allzu einseitig nur auf die Wirtschaft zu sehen, ohne den Zusammenhängen in ihrer Gesamtheit gerecht zu werden. Wenn er dabei im Interesse der Wirtschaft für eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben sei, so berüchtigere er nicht genügend, daß die öffentlichen Arbeiten und der öffentliche Bedarf im Staat und in den Gemeinden für die Wirtschaft in Deutschland von jeher eine große Bedeutung gehabt habe. Es sei nicht zutreffend, daß das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben dem Wirtschaftslieben einen künstlichen Antrieb gebe. Ferner übersehe der Generalagent, daß die Länder die Träger der Kulturaufgaben im Reiche sind und daß diese Kulturaufgaben nicht unerfüllt bleiben können, ohne daß auch die Wirtschaft in Deutschland und in der ganzen Welt darunter Schaden leidet. Was sollte aus der deutschen Qualitätsware werden, auf der doch unser Export beruhe, wenn unsere Volks- und Fachschulen ihren hohen Stand nicht behaupten könnten.

Wir müßten aus Vertragstreue das Londoner Abkommen weiter erfüllen, bis seine Unerfüllbarkeit auch von den Vertragsgegnern anerkannt werde. Die Reparationsleistungen seien aber nur möglich, wenn die deutsche Wirtschaft stärker sei, als sie vor dem Kriege gewesen sei. Dies aber würden unsere ehemaligen Kriegsgegner nicht wollen und nicht können, wenn sie den Krieg nicht umsonst geführt haben wollen. Bei der überaus harten Belastung des deutschen Volkes durch die Reparationspflichten und bei der schwierigen Lage der Finanzen müßte nicht nur den Ländern, sondern auch im Reich Sparsamkeit das erste Gebot sein, und zwar nicht bloß bei den reinen Verwaltungsausgaben, sondern auch beim Sachaufwand.

Beilegung des tschechoslowakischen Eisenbahnerkonflikts. Die Eisenbahner haben, wie aus Prag gemeldet wird, den Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Eisenbahner den übrigen Staatsangestellten gleichzustellen, als annehmbare Basis für weitere Verhandlungen bezeichnet. Die Exekutive empfiehlt daher allen Angehörigen, die passiva Reisefenz zu beenden.

Die Verteilung des Schillerpreises. Wie der Antische preussische Pressebericht mitteilt, hat die zur Verteilung des Schillerpreises berufene Kommission dem preussischen Staatsministerium als gemeinsamen Träger des Schillerpreises die Dichter Hermann Burte, Frh. von Unruh und Franz Werfel vorgeschlagen. Das Staatsministerium hat diesen Vorschlag angenommen.

Eine Berliner Zeitungspresse. Wie dem Berliner „Börsen-Courier“ von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, besteht die Absicht, den bisherigen Lehrauftrag für Zeitungspresse an der Universität Berlin in eine außerordentliche Professur umzuwandeln. Der preussische Minister hat den Antrag bereits genehmigt, über den endgültig der Landtag zu entscheiden haben wird. Mit der neu zu errichtenden Professur sollen gleichzeitig die Rektoratsgeschäfte des Berliner Institutes für Zeitungswissenschaft verbunden werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Nov.		9. Nov.	
	Geld	Beis.	Geld	Beis.
Amsterdam 100 G.	169.05	169.39	169.14	169.48
Kopenhagen 100 Kr.	112.37	112.59	112.39	112.61
Statten . . . 100 B.	22.84	22.88	22.88	22.93
London . . . 1 Pf.	20.425	20.465	20.422	20.462
Newyork . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.835	80.995	80.845	81.005
Wien 100 Schilling	59.13	59.25	59.17	59.29
Beag . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.428	12.448

Verschiedenes

Schwamm:

In der Schweiz ist, wenn die gegenwärtigen Regenfälle noch anhalten, mit einer neuen **Schwammkatastrophe** zu rechnen. In den letzten Tagen haben sich sowohl nordwärts wie südwärts starke Regenfälle ergeben, wobei der Rhein und andere Flüsse sehr gestiegen sind und zum Teil schon Hochwasser führen. In dem Vichsteinen Ortchen Baduz befürchtet man einen neuen Einbruch des Rheines. Zum Glück fällt seit heute morgen in den hohen Lagen Schnee. Der Neuschnee liegt bereits 20 bis 30 Zentimeter hoch, dagegen dauern in den unteren Lagen die Regenfälle an. Alle Regelsationen von Reichenau bis Baduz sind angewiesen worden, genau den Wasserstand zu kontrollieren, damit rechtzeitig eingeschritten werden kann.

Bekanntmachung.

Die Wahlen der Vertrauensmänner und Erfahrmänner zur Angestelltenversicherung.

Gemäß § 15 der Wahlordnung vom 8. September 1927 (R.W.M. 287) werden nachstehend die gültigen Vorschlagslisten für die am Sonntag, den 13. November 1927, von vorm. 9 Uhr an bis nachm. 6 Uhr, stattfindende Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung mit ihrer Bezeichnung bekanntgegeben. L.875

I. Die Vorschlagslisten der Arbeitnehmer:

Lit. A) Liste des Zentralverbands der Angestellten (ZfA):

1. Max Notermann, Abteilungsleiter, Karlsruhe, Neffstr. 33.
2. Hermann Stang, Betriebsbeamter, Karlsruhe, Ostendstr. 6.
3. Theodor Benders, Betriebsbeamter, Durlach, Wilhelmstr. 1.
4. Tina Venkieser, Kassiererin, Karlsruhe, Geibelstr. 2a.
5. Otto Schneider, Gauleiter, Karlsruhe, Poststr. 3.
6. Gertrud Dietlein, kaufm. Angestellte, Karlsruhe, Rheinstr. 32.
7. Karl Oberle, Buchhalter, Karlsruhe, Philippstr. 26.
8. Heinrich Häfner, Kaufmann, Karlsruhe, Teubertstr. 2.
9. Gerhard Bestenfelder, Betriebsbeamter, Wolfartsweier, Hauptstr. 21.
10. Heinrich Coblentz, Buchhalter, Karlsruhe, Schützenstr. 37.
11. Willi Biedmann, Expedient, Karlsruhe, Tullastr. 56.
12. Dietrich Raabe, Buchhalter, Karlsruhe, Durlacherstr. 36.

Lit. B) Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.W.A.), Einheitsverband der männlichen und weiblichen, kaufmännischen und technischen Büroangestellten und Werkmeister, sowie deutscher Bankbeamtenverein (D.B.B.):

1. Max Koch, kaufm. Angestellter, Karlsruhe, Bismarckstr. 4.
2. Willi Reiber, Bankbeamter, Karlsruhe, Klauerschtr. 28.
3. Josefine Hoffmann, Kontoristin, Karlsruhe, Neffstr. 7.
4. Joseph Förger, Techniker, Karlsruhe, Schumannstr. 11.
5. Erich Ederlin, Apotheker, Karlsruhe, Körnerstr. 57.
6. Peter Schall, kaufm. Angestellter, Durlach, Altmendstr. 4.
7. Karl Strittmatter, Sparfassenbeamter, Karlsruhe, Belfortstr. 4.
8. Mina Scholl, Verkäuferin, Karlsruhe, Wilhelmstr. 37.
9. Heinrich Kempf, Gewerkschaftsbeamter, Karlsruhe, Karlstr. 6.
10. Leo Müller, Reisender, Karlsruhe, Zirkel 8.
11. Adolf Weigel, Werkmeister, Durlach, Krämerstr. 29.
12. Ludwig Dengler, Bankbeamter, Karlsruhe, Amalienstr. 55.

Lit. C) Liste des Deutschen Werkmeisterbundes, Stg. Essen (Christlich-national):

1. Johann Rentel, Geschäftsführer, Karlsruhe, Franz-Abtstr. 19.
2. Josef Gäng, Werkmeister, Durlach, Biesenstr. 19.
3. Josef Elzer, Masch.-Bautechniker, Karlsruhe-Küppurr, Hedentweg 6.
4. Konrad Hafner, Werkmeister, Grünwettersbach, Langestr. 2.
5. Karl Köhler, Werkmeister, Karlsruhe-Küppurr, Langestr. 2.
6. Rudolf Schulz, Betriebsleiter, Durlach, Scheffelstr. 15.
7. Anna Weber, Abteilungsleiterin, Karlsruhe, Frühlingsstr. 9.
8. Karl Holland, Werkmeister, Karlsruhe, Zeppelinstr. 5.
9. Gustav Benneter, Werkmeister, Durlach, Friedrichstr. 11.
10. August Richard, Werkmeister, Karlsruhe, Essenweinstr. 33.
11. Nikolaus Hafner, Betriebsleiter, Karlsruhe, Franz-Abtstr. 16.
12. Tina Rab, Abteilungsleiterin, Karlsruhe, Gartenstr. 8a.

Lit. D) Liste des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf:

1. Hermann Ruhmann, Werkmeister, Karlsruhe, Schumannstr. 3.

W.B. Koblenz, 10. Nov. (Tel.) Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage macht sich wieder ein Steigen der Nebenflüsse des Rheins bemerkbar. Der Neadar ist bei Jagstfeld um 1,80 Meter und der Obermain bei Schweinfurt um einen halben Meter gestiegen. Am 2.30 Meter ist die Mosel bei Trier in zwei Tagen gestiegen. Von der Obermosel wird weiteres Steigen gemeldet. Die Mosel führt Reifig, Holz und Grummel mit sich, das nicht rechtzeitig geborgen werden konnte. Auch die Saar, Sauer und Röll sind über die Ufer getreten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Verwaltungsassistentenprüfung im Oktober 1927.

Gemäß § 5 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922 Seite 873) wurden als für den einfachen mittleren Dienst befähigt erklärt:

- a) Auf Grund der im Juli 1927 abgehaltenen Wiederholungsprüfung:
1. Widel Willi, Bürogehilfe in Karlsruhe.
 2. Joos Otto, Buchmeister in Freiburg.
 3. Wüthner Ernst, Bürogehilfe in Waldshut;
- b) auf Grund der im Oktober 1927 abgehaltenen Verwaltungsassistentenprüfung:
1. Bachmann Reinhard, Büroanwärter in Forzheim,
 2. Ebner Fritz, Angestellter in Freiburg.
 3. Gehring Florian, Buchmeister in Forzheim,
 4. Kemmet Jakob, Büroanwärter in Bretten.
 5. Pfeffer Karl, Buchmeister in Heidelberg.
 6. Krail August, Buchmeister in Karlsruhe.

7. Seiter Wendelin, Buchmeister in Karlsruhe,
8. Speck Frida, Kanzleifachistin in Offenburg,
9. Stöble August, Büroanwärter in Offenburg.
Karlsruhe, den 5. November 1927.
Der Minister des Innern:
Kemmetle.

Bekanntmachung

Die abgeforderte Gemarkung Kirchspielwald (Amtsbezirk Waldshut).

Mit Entschliessung vom 30. September 1927 wurde die Vereinerung der abgeforderten Gemarkung Kirchspielwald mit der Gemeinde Streitmatt (Amtsbezirk Waldshut) mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 angeordnet. Die Anordnung ist rechtskräftig.

Karlsruhe, den 8. November 1927.

Der Minister des Innern:
Kemmetle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Besetzt in gleicher Eigenschaft:

Handelslehrer Verhold Pfeiffenberger an der Handelsschule in Meßkirch an jene in Baden-Baden.

Gestorben:
Hauptlehrerin Julie Jäger in Mannheim.

Freihändiger Ruhholzverkauf.

Forstamt Lodmoos,
Donnerstag, 17. Nov. 1927:
4685 Fm. Nadelstammholz,
Lössbergrainisse durch das
Forstamt. L.881

Umbarbeiten im Sommeraunne an der Schwarzwaldbahn zu vergeben: völlige Erneuerung des Gewölbes an 3 Stellen auf zusammen 33 m Tunnellänge, Abdecken von weiteren 20 lfd. m des bestehenden Gewölbes mittels Erneuerung von 140 lfd. m Widerlagern, Einzelauswechslung von 200 Wölbfsteinen. Zeichnungen und Bedingungen auf unserm Baubüro in Freiburg an die Hand. Dort auch Abgabe der Leistungsbezeichnungen gegen Erstattung der Selbstkosten. Angebote mit Aufschrift „Arbeiten Sommeraunne“ beschließen u. postfrei bis spätestens Mittwoch, 21. November, vorm. 10 Uhr, hier einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Billingen, den 8. Nov. 1927. Reichsbahn-Bauamt. L.879



Badisches Landestheater

Freitag, 11. November 1927
* F 9 (Freitagmiete)
Zu Gem. 1. S. Or.

Zwölfstünd

von Frank

In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Biderit Dahlen
Alexander Bruder Brand
Jüngster Bruder Graf
Herzog Herz
Minister von der Tend
Krafft Schulze
Oberst Wüller
Oberst Gierl

Anfang 8 Uhr Ende 10 Uhr

So. 12. Nov.: Die Braut von
Messina. So. 13. Nov.: Nach-
mittags: Spiel im Schloß.
Abends: Neu einstudiert:
Samson und Dalila. Im
Konzerth.: Zum erstenmal:
Weelend.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich
abends 8 Uhr
Die lachende
Revue
Freut euch
des Lebens!

Freihändiger
Ruhholzverkauf

Forstamt St. Blasien:
Freitag, den 18. November
1927, nachmittags 4 Uhr,
5000 im Nadelstammholz,
Fichten mit einzelnen
Tannen. Losbergrainisse
vom Forstamt. L.890

7. Otto Schmittner, Ing., Durlach, Hauptstr. 81.
8. Eugen Ziegler, Techn. Registrator, Karlsruhe, Goethestr. 32.
9. Adolf Rupp, Ing., Bergheim, Bönischbacherstr. 22.
10. Kurt Scholle, Architekt, Karlsruhe, Schillerstr. 18.
11. Hermann Diez, Kalkulator, Karlsruhe, Amalienstr. 25.

Verbunden sind die Listen B, C, E und F einerseits, und die Listen A, D und G andererseits.

II. Vorschlagslisten der Arbeitgeber:

Lit. A) Arbeitgeberverband der Industrie des Handels-

1. Leopold Neumann, Kaufmann, Karlsruhe, Bismarckstr. 73.
2. Ferdinand Lindenmeyer, Fabrikant, Karlsruhe, Westendstr. 67.
3. Heinrich Kronek, Fabrikdirektor, Karlsruhe, Neudorfstr. 13.
4. Dr. Fritz Reigen, Kaufmann, Karlsruhe, Rintheimerstr. 15.
5. Dr. Albert Knittel, Buchdruckereibesitzer, Karlsruhe, Rintheimerstr. 17.
6. Karl Ruchstuhl, Fabrikdirektor, Durlach, Bergwaldstr. 2.
7. Gerhard Krüger, Bankdirektor, Karlsruhe, Stefaniestr. 24.
8. Friedrich Hohndang, Bezirksdirektor, Karlsruhe, Dirschstr. 115.
9. Wilhelm Frey, Rechtsanwält, Karlsruhe, Weierheimer-Allee 48.
10. Emil Rupp, Fabrikant, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 18.
11. Eugen Wimpfheimer, Fabrikant, Karlsruhe, Kriegsstr. 35.
12. Waldemar Kuttner, Kaufmann, Durlach, Klummenstr. 15.

Da von den Arbeitgebern nur eine Vorschlagsliste A eingereicht wurde, findet gemäß § 16 der Wahlordnung keine Wahl der Arbeitgeber statt. Die in der Liste bezeichneten Personen gelten in der Reihenfolge der Vorschlagslisten als gewählt.

Die Arbeitgeber haben den Versicherten rechtzeitig die Versicherungsarten zur Ausübung der am 13. November 1927 stattfindenden Wahl auszuhandigen.

In Änderung unserer Bekanntmachung vom 29. Sept. 1927 wird bestimmt, daß die Frist zur brieflichen Stimmabgabe (§ 26 der Wahlordnung) am Samstag, den 12. November 1927, nachm. 1 Uhr, auf Montag, den 14. November 1927, abends 6 Uhr, verlängert wird.

Die Einreichung hat an den unterzeichneten Wahlleiter innerhalb der gesetzten Frist zu erfolgen. Verspätet eintreffende Stimmzettel sind ungültig.

Karlsruhe, den 7. November 1927. D.-Z. 136

Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt.

Der Wahlleiter: L.875

Murmann, Regierungsrat.

L.876. Bretten. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma August Ramsauer in Siedingen wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Bretten, 6. Nov. 1927.
Amtsgericht.

L.878. Gengenbach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Alexander König, Fahrtenhandlung in Zell a. S., ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen sowie zum Bericht des Konkursverwalters über den bisherigen Verlauf des Konkursverfahrens und zur Beschlußfassung über einen Auseinandersetzungsvertrag mit der Firma König & Brenner in Böttingen bestimmt auf Montag, den 28. November 1927, vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Amtsgericht Gengenbach.
Gengenbach, den 24. Oktober 1927.
Der Gerichtsschreiber des
bnd. Amtsgerichts.

L.882. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schneider & Grobe, Kommanditgesellschaft in Karlsruhe, wurde mangels Masse eingestellt.
Karlsruhe, 27. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
bnd. Amtsgericht A 8.

L.877. Redarbischofsheim. Das Konkursverfahren über den Nachlaß der Tünder Karl Ludwig beim Witwe Emilie geb. Stumpf, Modistin in Badstätt wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Redarbischofsheim, den 29. Oktober 1927.
bnd. Amtsgericht.

- Lit. G) Technikerliste (ZfA):
1. Walter Bahig, Ingenieur, Karlsruhe, Herderstr. 9.
 2. Emil Weber, Bauinspektor, Durlach, Amalienstr. 29.
 3. Emil Schweikhard, Elektr. Ing., Karlsruhe, Bismarckstr. 25.
 4. Emil Gijinger, Ing., Bergheim, Hauptstr. 142.
 5. Fritz Leifer, Baumeister, Karlsruhe, Leffingstr. 32.
 6. Karl Knorr, Ing., Karlsruhe, Marktstr. 14.

Druck G. Braun, Karlsruhe